

## **A N T R A G**

der CDU-Landtagsfraktion

betr.: Krawalle und gewalttätige Angriffe auf Einsatzkräfte bedeuten einen Angriff auf unseren demokratischen Rechtsstaat – schnellstmögliche Aufklärung, konsequente Strafverfolgung und Prävention haben oberste Priorität im Nachgang zur Silvesternacht

Der Landtag wolle beschließen:

In der Silvesternacht kam es deutschlandweit zu Krawallen, Ausschreitungen und gewalttätigen Angriffen auf Einsatzkräfte in einem bisher nie dagewesenen Ausmaß. Besonders intensiv waren die Attacken auf Polizisten, Rettungskräfte und Feuerwehrleute, die in einigen Berliner Stadtteilen im Einsatz waren. Aber auch in Hamburg und einigen Städten in NRW waren die Ausschreitungen besonders heftig. Es wurden Barrikaden errichtet und Einsatzkräfte wurden mit Böllern und Raketen gezielt beschossen. Bei den Ausschreitungen wurden alleine in Berlin über 50 Einsatzkräfte verletzt. Die Szenarien gingen sogar so weit, dass zum Teil die Polizei ausrücken musste, um Feuerwehrleute beim Löschen von Bränden gegen Angriffe zu schützen. Gestandene Polizisten und Feuerwehreinsatzkräfte haben nach der Silvesternacht berichtet, dass sie diese Gewalt und Aggressivität in der Form noch nie zuvor erlebt hätten.

Allen Rettungskräften in unserem Land gilt daher ein großer Dank dafür, dass sie sich tagtäglich für unseren Staat einsetzen und sich wie die Silvesternacht wieder gezeigt hat, dabei auch immer wieder Gefahren aussetzen. Umgekehrt heißt das aber auch, dass wir unsere Einsatzkräfte bestmöglich schützen müssen. Denn, wie der ehemalige Richter des Bundesverfassungsgerichts Udo Di Fabio kürzlich ausgeführt hat, ist der Angriff auf Einsatzkräfte „immer auch ein Angriff auf die Demokratie“, denn die Einsatzkräfte „stehen da nicht, weil es ihre eigene Idee war, sondern weil demokratische Vertretungsorgane sie genau da für uns hingestellt haben“. Zum Schutz von Einsatzkräften gilt es daher insbesondere auch moderne Technik zur Standardausstattung zu machen. So wurden im Saarland bereits vor einigen Jahren Bodycams in der Polizei eingeführt und derzeit neu beschafft. Diese moderne Technik, die den Einsatzkräften im beruflichen Alltag deutlich mehr Sicherheit bietet und die Strafverfolgung erleichtert, sollte jedoch nicht nur bei der Polizei Standard sein, sondern auch bei unseren Feuerwehren eingeführt werden.

Die Silvesternacht brachte in Berlin insgesamt 355 eingeleitete Straf- und Ordnungswidrigkeitsverfahren - davon 102 Verfahren wegen Übergriffen auf Einsatzkräfte - und 38 Festnahmen mit sich.

Von herausragender Bedeutung ist daher nun, dass es schnellstmöglich zu einer Aufklärung der Geschehnisse und einer schnellen und konsequenten Strafverfolgung kommt. Solche Ausschreitungen und Angriffe auf Einsatzkräfte sind unsäglich und zeugen von fehlendem Respekt vor unserem demokratischen Rechtsstaat. Eine Strafe muss daher hier auf dem Fuße folgen. Angriffe auf Einsatzkräfte sind immer auch Angriffe auf die Gesellschaft und damit auf uns alle. Derartige Ausschreitungen kann und darf ein funktionierender Rechtsstaat daher nicht folgenlos geschehen lassen. Bei dieser neuen Qualität der Gewalt und Respektlosigkeit muss der Rechtsstaat konsequent durchgreifen: Wer Freiheit, Demokratie und Menschenwürde bekämpft, dem muss der demokratische Rechtsstaat mit aller Härte und Entschiedenheit entgentreten. Auch Innenministerin Nancy Faeser machte nach den Krawallen deutlich: Wer Polizeibeamte und Rettungskräfte angreife, „muss mit der ganzen Härte des Gesetzes bestraft werden“. Unser Strafrecht bietet viele Möglichkeiten, um den in der Silvesternacht begangenen Straftaten in der notwendigen Härte Rechnung zu tragen. 2017 wurde der Schutz von Rettungskräften durch eine Änderung des Strafgesetzbuchs gestärkt. Nun liegt es an der Justiz diesen Strafraumen auch gänzlich auszunutzen. Der Landtag des Saarlandes hält außerdem die Nebenstrafe der Entziehung der Fahrerlaubnis für ein wirksames Mittel.

Außerdem spielt der zeitliche Aspekt eine entscheidende Rolle: Polizei und Justiz müssen in derartigen Fällen Ermittlungsverfahren schnellstmöglich zum Abschluss bringen und Urteile sprechen können. So wurde in Baden-Württemberg 4 Tage nach der Tat bereits ein Randalierer der Silvesternacht verurteilt. Hierbei handelte es sich um das erste Verfahren im Rahmen des zum Jahresbeginn gestarteten Modellprojekts zur Förderung von beschleunigten Verfahren in Heilbronn. Straftaten können damit innerhalb kürzester Zeit vor Gericht landen und zu einem Urteil kommen. Um bei Ausschreitungen wie in der Silvesternacht und ähnlichen Fällen schnellstmöglich Konsequenzen ziehen zu können, sollte dies zum bundesweiten Standard werden.

Neben der schnellstmöglichen Aufklärung und Strafverfolgung gilt es natürlich, die Taten zu hinterfragen, auszuwerten und zu analysieren, wo präventiv angesetzt werden muss, um derartige Vorkommnisse in der Zukunft zu vermeiden.

Völlig am Thema vorbei geht hierbei jedoch die Forderung nach einem pauschalen Böllerverbot. Die gesamte Bevölkerung für das Verhalten Einzelner zu bestrafen, kann nicht die Lösung sein. Wer eine derartige Gewaltbereitschaft gegenüber Einsatzkräften vorweist, der lässt sich nicht durch ein Böllerverbot abhalten und findet andere Wege. Ein Böllerverbot löst das Phänomen daher nicht auf, sondern lenkt von dem eigentlichen Problem ab.

Angesichts dessen, dass viele der mutmaßlichen Täter junge Männer mit Migrationshintergrund sind, stellen sich durch solche Ereignisse unweigerlich kritische Fragen hinsichtlich des Gelingens der Integrationsbereitschaft in unserem Land. Daher muss im Rahmen der Aufklärung auch die aktuelle Migrations- und Integrationspolitik beleuchtet werden. Gescheiterte Integration muss minimiert werden und fehlender Respekt vor dem Staat darf nicht hingenommen werden. Bundesinnenministerin Nancy Faeser hat sich hierzu kurz nach den Ereignissen folgendermaßen geäußert: „Wir haben in deutschen Großstädten ein großes Problem mit bestimmten jungen Männern mit Migrationshintergrund, die unseren Staat verachten, Gewalttaten begehen und mit Bildungs- und Integrationsprogrammen kaum erreicht werden“. Junge Gewalttäter müssten schnelle und deutliche strafrechtliche Konsequenzen spüren. Nur das schaffe Respekt vor dem Rechtsstaat. Sie sprach von „gewaltbereiten Integrationsverweigerern“, denen man „mit harter Hand und klarer Sprache“ begegnen müsse.

Mit Blick in die Zukunft muss daher die Migrations- und Integrationspolitik in unserem Land auf den Prüfstand gestellt werden. Ziel muss die bestmögliche Integration sein. Hierbei spielt die Sprache eine zentrale Rolle. Es müssen ausreichend Sprachkurse angeboten, die Spracharbeit in Schulen ausgebaut und das Erfolgsprojekt „Früh Deutsch lernen“ reaktiviert werden. Außerdem sollte die Vermittlung der Werte des Grundgesetzes eine noch größere Rolle in unseren Schulen spielen: Die Bedeutung eines demokratischen Umgangs miteinander muss bereits unseren kleinsten Bürgerinnen und Bürgern so früh wie möglich mitgegeben werden.

Eine gute Möglichkeit, schon im jungen Alter den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken und so zu einer besseren Integration von jungen Erwachsenen beizutragen, stellt die bundesweite Einführung eines verpflichtenden Gesellschaftsjahres dar. Ein Dienst, der es allen jungen Menschen ermöglicht, sich über einen längeren Zeitraum für unser Land und für unsere Gesellschaft zu engagieren. Ein solches Gesellschaftsjahr ist geeignet, Fehlentwicklungen in unserer Gesellschaft entgegenzuwirken und junge Menschen über Milieugrenzen hinweg zusammenzuführen und ihnen den Wert von Gemeinschaft, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu vermitteln.

Weiterhin sollte im Saarland ein Jugendparlament geschaffen werden, um junge Menschen und deren Positionen im politischen Diskurs noch stärker zu berücksichtigen.

Vor diesem Hintergrund fordert der Landtag des Saarlandes die Landesregierung auf,

- am Beispiel des Modellprojekts zur Förderung von beschleunigten Verfahren in Heilbronn ein solches auch im Saarland einzuführen.
- die saarländische Feuerwehr mit Bodycams sowie Dashcams auszustatten.
- sich für eine Grundgesetzänderung zur Einführung eines verpflichtenden Gesellschaftsjahres einzusetzen.

- die Lehrpläne der weiterführenden Schulen zu überprüfen und dort präventive Ansätze aufzunehmen.

**B e g r ü n d u n g :**

Erfolgt mündlich.